

Castristische und islamistische Guerrillas: ein Vergleich

von David Egner

I. Vorwort

Durch die jüngsten Ereignisse, namentlich die Anschläge vom 11. September 2001, ist das Thema „Guerrilla“ mit einem Schlag wieder hochaktuell geworden. Dennoch stehen die meisten Politiker und Wissenschaftler dem Phänomen eher ratlos gegenüber. In den Akteuren sieht man vor allem religiöse Fanatiker, deren kranke Gedankengänge ein vernünftiger Mensch nicht nachvollziehen könne. Zudem verstellt das Ausmaß der Zerstörungen und die große Zahl der Opfer in New York und anderswo den Blick darauf, das das Phänomen keineswegs neu ist. Gerade in Lateinamerika bildeten sich in den 60er Jahren, inspiriert durch die Cubanische Revolution, in fast jedem Land Guerrillas. Ein Vergleich dieser „castristischen“ Guerillas mit den heutigen „islamistischen“, sowohl was die Entstehungsbedingungen aus der historischen Situation als auch die persönliche Motivation der Akteure, ihre Ideologie und Kampfformen betrifft, könnte also zu einem besseren Verständnis der letzteren beitragen.

Eine politikwissenschaftliche Analyse, die das Phänomen verstehen will, muß es aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachten, die man als objektive und intersubjektive unterscheiden könnte: erstere betrachtet die allgemeinen politischen Entwicklungen in den Regionen, gekennzeichnet durch die Machtverhältnisse auf nationaler und internationaler Ebene, letztere die subjektive Wahrnehmung dieser Entwicklungen durch die Akteure, die wir ideologiekritisch erfassen können, und die im Lichte dieser Ideologien gesehene persönlichen Motive der Handelnden. Meine These wird dabei lauten, daß sich das Aufkommen der Guerrillas aus dem Scheitern des lateinamerikanischen bzw. arabischen Nationalismus als erstem Versuch einer Emanzipation von den Hegemonialmächten erklären läßt, wobei die Hauptanliegen des Nationalismus in eine radikalere Ideologie übergeführt werden, die ihrerseits an regionale Traditionen anknüpfen kann. Im Fall der islamistischen Guerrillas beschränke ich mich dabei auf die arabische Welt, da man einerseits dort ihr „Epizentrum“ vermuten darf, andererseits Länder wie der Iran oder Afghanistan doch sehr eigene politische Traditionen haben, die eine gesonderte Analyse nötig machen würde.

Ich möchte an dieser Stelle noch anmerken, daß die Überlegungen, die ich hier vorstelle, sehr allgemeiner Natur sind, und gerade meine Ausführungen zur arabischen Welt einem Orientalisten oder Nahostexperten kaum genügen dürften. Dazu kommt, daß ich zwar Lateinamerika aus eigener Anschauung kenne, nicht jedoch, mit Ausnahme Marokkos, die arabische Welt. Trotzdem hoffe ich, doch einige Anregungen geben zu könne, wie die Politikwissenschaft nicht nur zum Verständnis des Phänomens „Guerrilla“ beitragen, sondern auch einen Anhaltspunkt dafür liefern könnte, wie groß die „islamistische Gefahr“ für den „Westen“ denn wirklich ist und auf welcher Ebene politische statt militärische Lösungen des Konfliktes möglich wären.

II. Lateinamerika und die arabische Welt unter der Kolonial- und Hegemonialherrschaft

Wir wollen zunächst die „objektive“ Perspektive einnehmen und die beiden Regionen, Lateinamerika und die arabische Welt, innerhalb des weltweiten Machtgefüges betrachten. Dabei fällt auf, daß in beiden Fällen eine hoch entwickelte Kultur, wie es in Amerika die Reiche der Inka und Azteken und in der arabischen Welt die Kalifate der Umayyaden und Abbasiden waren, mit dem Ansturm einer Invasionsmacht zu tun hatte, der sie nicht standhalten konnte, was eine über Jahrhunderte dauernde Fremdherrschaft zur Folge hatte, die nach der formalen Unabhängigkeit der Länder im 19. bzw. 20. Jahrhundert durch eine Hegemonialherrschaft abgelöst wurde. Betrachten wir zunächst die Zeit der Fremdherrschaft.

1. Die Zeit der Fremdherrschaft

In Lateinamerika beginnt sie mit der „Entdeckung“ durch Christoph Columbus 1492 und der Aufteilung der spanischen und portugiesischen Interessensphären im Vertrag von Tordesillas 1494, woran sich eine 300-jährige portugiesische Kolonialherrschaft von der Ankunft Pedro Alvares Cabrals 1500 in Brasilien bis zur Unabhängigkeitserklärung am 7. September 1822 und eine sogar 400-jährige spanische Kolonialherrschaft von 1492 bis zum spanisch-amerikanischen Krieg 1898 anschließt, in dem u.a. die letzten spanischen Besitzungen in Amerika, Cuba und Puerto Rico, verloren gehen. Der spanische Kolonialismus wird abgelöst durch die US-amerikanische „Hinterhofpolitik“, deren ideologische Grundlage die imperialistische Umdeutung der ursprünglich antiimperialistischen, gegen die Heilige Allianz gerichteten Monroe-Doktrin unter Theodore Roosevelt ist, der auch die Loslösung Panamas von Kolumbien 1903 betreibt. Die US-amerikanische „Hinterhofpolitik“, die sich in erster Linie auf den karibischen Raum gerichtet hat, wird seit dem zweiten Weltkrieg und in noch verstärktem Maße seit der Kuba-Krise zur Hemisphärenpolitik erweitert.¹

Die arabische Welt hat sogar eine 700-jährige Fremdherrschaft hinter sich: die Kreuzritter konnten noch zurückgeschlagen werden, doch unmittelbar darauf fallen die Mongolen in der Region ein: Bagdad fällt 1258, Damaskus 1260. Das Reich Timurs erstreckte sich Anfang des 15. Jahrhunderts von Mittelasien über Persien und Mesopotamien bis nach Syrien, seit Anfang des 16. Jahrhunderts beherrschten die Osmanen die Region, bis schließlich mit dem napoleonischen Abenteuer in Ägypten der europäischer Kolonialismus beginnt: seit 1830 bringt Frankreich von Algier aus ganz Nordwestafrika unter seine Kontrolle, 1882 marschieren englische Truppen in das vom Osmanischen Reich faktisch unabhängige Ägypten ein, Libyen wird 1911 von Italien besetzt, und schließlich wird nach dem 1. Weltkrieg entgegen den Abmachungen zwischen den westlichen Alliierten und der arabischen Befreiungsbewegung der Nahe Osten zwischen England und Frankreich nach dem Sykes-Picot-Abkommen von 1916 aufgeteilt.²

Auch die Gründung des Staates Israel stellt sich aus der Sicht vieler Araber als ein kolonialistisches Projekt dar.³ Zudem erinnert der israelische Staat in seinen Grenzen von 1948 auf fatale Weise an das Kreuzfahrer-Königreich Jerusalem des 12. Jahrhunderts. Bereits im Suez-Krieg 1956 zeigte sich, daß Israel ein treuer Verbündeter der Hegemo-

¹ einen guten Überblick über die lateinamerikanischen Geschichte gibt Bollinger, Armin: *Spielball der Mächtigen. Geschichte Lateinamerikas*, Stuttgart & al. 1972; für die Zeit seit der Unabhängigkeit vgl. auch Beyhaut, Gustavo: *Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart*, Fischer Weltgeschichte Band 23, Frankfurt a.M. 1965

² eine gute Einführung in die arabische Geschichte bietet immer noch Hourani, Albert Habib: *Die Geschichte der arabischen Völker*, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1992

³ man vergleiche nur die verschiedensten Proklamationen nationalistischer oder islamistischer Gruppen

nialmächte, damals Großbritannien und Frankreich, war. Der schwindende Einfluß der europäischen Hegemonialmächte infolge dieses Krieges wurde dann langsam aber sicher durch den steigenden politischen und ökonomischen Einfluß der USA kompensiert, die ebenfalls auf ihren treuen Verbündeten Israel zählen können und heute der unangefochtene Hegemon in der Region sind.

2. Konservative Machteliten als Verbündete der Hegemonialmächte

Hegemonialmächte brauchen lokale Eliten als Verbündete, um ihre Herrschaft aufrecht erhalten zu können. In Lateinamerika waren und sind dies neben der Landbesitzergolarchie und einigen Großindustriellen, die wie die US-Konzerne Enteignungen durch „linke“ Regierungen fürchten mußten (paradigmatisch dafür wäre die Zeit des Porfiriats in Mexiko 1877-1911), vor allem die Militärs. Nach den Unabhängigkeitskriegen im 19. Jahrhundert gaben sich zwar alle Staaten Hispanoamerikas republikanische Verfassungen nach europäischem und US-amerikanischem Vorbild (Brasilien wird erst mit dem Sturz der Monarchie 1889 Republik), doch waren diese meist nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie geschrieben waren. Nachdem sich die jungen hispanoamerikanischen Republiken gegen die traditionelle Legitimität in Form einer Monarchie sei es unter einer europäischen, wie im Falle Brasiliens, sei es unter einer amerikanischen Dynastie (der argentinische Befreiungskämpfer José de San Martín befürwortete eine Monarchie unter einem Inka-Fürsten) entschieden hatten, die formale Legalität der republikanischen Verfassungen jedoch im Legitimitätsempfinden der breiten Masse keinen Rückhalt fand, entstand nach der Unabhängigkeit ein Legitimitätsdefizit, das schließlich durch charismatische Kriegsfürsten, sogenannte „Caudillos“ ausgefüllt wurde.⁴ Das Militär entwickelte sich somit zum einzigen Garanten von Ruhe und Ordnung in den neuen Staaten. Zudem bot im 19. und auch noch im 20. Jahrhundert die militärische Laufbahn den Angehörigen der Unterschichten die einzige Möglichkeit zu sozialem Aufstieg, was jedoch nicht bedeutete, daß das Militär die sozialökonomischen Verhältnisse ändern wollte. Die Caudillos kamen meist aus der Landbesitzeraristokratie, und das Militär war im 19. Jahrhundert immer eine loyale Stütze konservativer Herrschaft. Bis Anfang der 20. Jahrhunderts blieb die Unterschicht, v.a. Indigene, Mestizen und Afroamerikaner, am politischen Leben unbeteiligt.⁵

Seit den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts bildete sich innerhalb der Streitkräfte ein eigenes politisches Denken, das nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Errichtung von Militärakademien wie der Escola Superior de Guerra 1949 in Brasilien oder die School of the Americas 1946 in der Panama-Kanalzone, in der bis zu ihrer Schließung 1984 etwa die Hälfte aller mittleren und höheren Offiziere Lateinamerikas ausgebildet wurden, gefördert wurde. Mit dem Aufkommen des bipolaren internationalen System entwickelten die lateinamerikanischen Militärs die streng antikommunistische „Doktrin der nationalen Sicherheit“, die ihnen nicht nur zur Legitimation ihrer eigenen Diktaturen diente, sondern die sie auch als potentiellen Verbündeten der Hegemonialmacht USA qualifizierte.⁶

In der arabischen Welt waren es ebenfalls die konservativen Eliten, die sich als Verbündete der Hegemonialmächte anboten. Im Gegensatz zu Lateinamerika gab es in der ara-

⁴ zu den drei Legitimitätstypen vgl. Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, 5. revidierte Auflage, Tübingen 1972, S.122ff.

⁵ zur Rolle des Militärs in Lateinamerika v.a. im 19. Jahrhundert vgl. Kahle, Günter: *Diktatur und Militärherrschaft in Lateinamerika*, in: *Zeitschrift für Lateinamerika* Wien, Bd. 19 (1981)

⁶ vgl. Werz, Nikolaus: *Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika*, Freiburg 1991, S.139

bischen Welt zunächst keinen Bruch mit der Legitimität traditioneller Herrschaft des arabischen Feudalismus, was zur Wiedererrichtung vieler Monarchien nach der Unabhängigkeit (Marokko, Libyen, Ägypten, Jordanien, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, Golfstaaten) führte. Gerade von Großbritannien wurde diese Restitution der Monarchie, im Gegensatz zur republikanischen Kolonialmacht Frankreich, auch aktiv gefördert, indem noch während der Mandatszeit Monarchen als Statthalter eingesetzt wurden. Dabei griff die Kolonialmacht entweder auf lokale Eliten zurück, wie z.B. bei der Einsetzung König Fauds 1922 in Ägypten, oder auf fremde Dynastien, wie bei der Einsetzung König Faisals 1921 im seit 1932 unabhängigen Irak und seines Bruders Abdallah 1921 im seit 1946 unabhängigen Jordanien, die beide Söhne des Sharifen von Mekka waren. Auch die Grenzen der neuen Staaten gehen allein aus Entscheidungen der ehemaligen Kolonialmächte hervor.

III. Gegenströmungen gegen die Hegemonialmächte

1. Nationalismus

Seit Anfang der 20. Jahrhunderts waren in beiden Weltteilen durch das Bevölkerungswachstum (in Lateinamerika zum Teil auch als Folge der Einwanderung) und die zunehmende Urbanisierung städtische Mittelschichten (Kleinbürgertum) und infolge der einsetzenden Industrialisierung seit den 30er Jahren auch ein Industrieproletariat entstanden, die zum Träger einer nationalistischen Widerstandsbewegung gegen die Hegemonialherrschaft wurden. Idealtypisch läßt sich die nationalistische Ideologie charakterisieren als: antiimperialistisch, was für die arabische Welt gleichbedeutend ist mit antizionistisch; unitaristisch, d.h. für die politische Einheit des jeweiligen durch die gemeinsame Sprache umfaßten Kulturraumes als regionale Gegenmacht zu den Hegemonialmächten, was im Falle Lateinamerikas sich sowohl auf den gesamten Subkontinent als auch lediglich auf die spanischsprachigen Staaten beziehen konnte (also ohne Brasilien); autarkistisch, d.h. für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit (Importsubstitution durch Industrialisierung) von den Hegemonialmächten und seit dem Zweiten Weltkrieg Blockfreiheit im Sinne eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Im Arabischen steht dafür der Begriff „Ishtirakiyya“, was „Teilhabe am Reichtum“ bedeutet, jedoch gerne mit „Sozialismus“ übersetzt wird, wobei im Kontext der arabischen Einheit damit auch die Umverteilung des Reichtums von der reichen Golfregion in die ärmeren Gebiete gemeint ist;⁷ schließlich läßt sich die nationalistische Bewegung als kleinbürgerlich bezeichnen, da sie sich sowohl gegen die herrschenden Oligarchien als auch gegen den Kommunismus richtete.

In Lateinamerika⁸ ist der Nationalismus immer wieder in Form des Populismus aufgetreten, wobei die bekanntesten sicherlich die Regierungen von Juan Domingo Perón in Argentinien (1946-55) und von Getulio Vargas über Juscelino Kubitschek bis Joao Goulart in Brasilien (1930-64) sind. Das im Sinne des oben aufgestellten Idealtypus reinste Programm vertrat die 1924 von Victor Raul Haya de la Torre gegründete Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) in Peru, deren Wahlsieg 1962 jedoch vom Militär annulliert wurde, und die von Rómulo Betancourt 1941 gegründete Acción Democrática (AD), die in Venezuela 1945-48 und 1959-68 an der Macht war. Weitere

⁷ vgl. Antes, Peter: *Der Islam als politischer Faktor*, Bonn 1991, S.86f.

⁸ zur Geschichte des Nationalismus in Lateinamerika vgl. Werz, *Lateinamerika*, S.91ff. bzw. aus marxistischer Sicht Dessau, Albert u.a.: *Politisch-ideologische Strömungen in Lateinamerika. Historische Traditionen und aktuelle Bedeutungen*, Berlin (Ost) 1987, S.371ff.

nationalistische Regierungen waren die des Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) unter Victor Paz Estenssoro und Hernán Siles Suazo in Bolivien (1952-64), die Regierung Gustavo Rojas Pinella in Kolumbien (1953-57), und die Regierungen von Juan José Arévalo (1945-51) und Jacobo Arbenz (1951-54) in Guatemala. Zum Nationalismus muß man sicherlich auch die mexikanischen Regierungen seit der Revolution rechnen, vor allem die von Lázaro Cardenas (1934-40), und den aus der nationalrevolutionären Partei, einem 1928/29 gegründeten Bündnis spätrevolutionärer Führer und ihrer Gefolgschaft, hervorgegangenen Partido de la Revolución Institucionalizada (PRI).

Das bekannteste nationalistische Regime der arabischen Welt⁹ dürfte sicherlich das von Gamal Abd al-Nasser in Ägypten (1952-70) gewesen sein, unter dem sich Ägypten mit Syrien und dem Jemen 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik zusammenschloß, die jedoch 1961 bereits wieder zerbrach. Inspiriert von Nasser waren auch Abd al-Karim Qasim im Irak (1958-63), der 1959 den Austritt seines Landes aus dem Bagdad-Pakt erklärte, und Muammar al-Qaddafi, der nach der libyschen Revolution 1969 zumindest bis 1977 eine nasseristische Politik betrieb. Als Parteien sind die 1947 in Damaskus gegründete Arabische Sozialistische Baath-Partei zu nennen, die in Syrien seit 1963 (seit 1970 unter Hafis al-Assad) und im Irak seit 1968 unter Ahmed Hasan al-Bakr, seit 1979 unter Saddam Hussain regiert, aber auch Sektionen in anderen Ländern wie Jordanien, Palästina und dem Libanon unterhält, und der aus dem algerischen Unabhängigkeitskrieg hervorgegangene Front de la Liberation National (FLN), wobei hier in erster Linie die Regierungen unter Ahmed Ben Bella (1962-65) und Houari Boumediene (1965-78) zu nennen sind. Zu den Errungenschaften der nationalistischen Bewegung hat man zudem die Gründung der Arabischen Liga 1945 und die Gründung der PLO 1964 als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes zu rechnen, deren Aufstieg zur bewaffneten Macht vor allem durch Ägypten, Syrien, den Irak, Libyen und Algerien gefördert wurde und deren Vorsitzender seit 1969 der Chef der Guerrillagruppe al-Fatah, Yassir Arafat ist.

2. Das Scheitern der Emanzipation

Die nationalistischen Regime waren in der Regel durch charismatische Führungspersönlichkeiten geprägt. Folgt man Max Weber, so hängt die Legitimität charismatischer Herrscher von ihrer Bewährung ab: „bringt seine Führung kein Wohlergehen für die Beherrschten, so hat seine charismatische Autorität die Chance, zu schwinden“¹⁰. Da ihre Versprechen weitgehend uneingelöst blieben, erlitten die nationalistischen Regime in Lateinamerika spätestens seit den 60er Jahren, in der arabischen Welt seit den 70er Jahren einen schleichenden Legitimitätsverlust. Während sie sich in der arabischen Welt jedoch weitgehend an der Macht halten konnten, da sie das Militär bis heute hinter sich wissen, wurden die nationalistischen Regime in Lateinamerika in der Regel durch Militärputschs, z.T. mit offener Unterstützung durch die USA, gestürzt. Bereits 1948 stürzte das Militär die AD-Regierung in Venezuela, es folgte die Diktatur bis 1957, wonach Betancourt jedoch wieder an die Macht kam und erst 1968 abgewählt wurde. 1954 folgte der von den USA offen unterstützte Putsch gegen Arbenz in Guatemala, 1955 putschten Marine und Luftwaffe in Argentinien gegen den vom Heer unterstützten Perón, es folgten die Diktaturen 1955-58 und 1966-73. Erst 1973, nachdem die Peronisten wieder zu den Wahlen zugelassen wurden, kehrte Perón aus dem Exil zurück, starb jedoch be-

⁹ ein kurzer Überblick über die Entwicklung des Nationalismus in der arabischen Welt findet sich in Grunebaum, Gustave Edmund von (Hrsg.): *Der Islam II. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel*, Fischer Weltgeschichte Bd. 15, Frankfurt a.M. 1971, S.361ff.

¹⁰ Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S.140

reits ein Jahr später, die folgenden teils bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Linken und Rechten wurden 1976 erneut durch einen Militärputsch beendet. 1957 mußte Rojas Pinilla in Kolumbien die Macht an eine Militärjunta abgeben, 1964 stürzten die Militärs die MNR-Regierung in Bolivien und die Regierung Goulart in Brasilien, die Diktaturen dauerten jeweils bis in die 80er Jahre. Allein in Mexiko hielt sich der PRI bis zur Wahl von Vincente Fox im Jahr 2000 an der Macht.

In der arabischen Welt ist das große uneingelöste Versprechen die Vertreibung der Israelis aus Palästina. In diesem Sinne bedeutete die Niederlage im Sechs-Tage-Krieg 1967 das Ende des Nasserismus und der Baathismus.¹¹ Ägypten verlor daraufhin seine Führungsrolle in der Region, woran auch die teilweise Rückeroberung des Sinai im Yom-Kippur-Krieg 1973 nichts mehr ändern konnte. In den 70er Jahren verloren die nationalistischen Regime nach und nach an Legitimität, teilweise näherten sie sich dem Westen an, wie Ägypten unter Anwar as-Sadat, der nach dem Camp-David-Abkommen 1978 in der arabischen Welt vollkommen isoliert war, was Ägypten 1979 mit der Suspendierung seiner Mitgliedschaft in der Arabischen Liga und Sadat 1981 mit seinem Leben bezahlen mußte, oder der Irak, der unter Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran massiv vom Westen unterstützt wurde. Auch die PLO wurde immer mehr zwischen den Fronten zerrieben, 1970/71 erfolgte ihre Vertreibung aus Jordanien, die Führung floh in den Libanon, wo die PLO sich in den Bürgerkrieg verwickeln ließ. Nach dem Einmarsch der Israelis 1982 wurde sie auch aus dem Libanon vertrieben, ihr Hauptsitz wurde daraufhin nach Tunis verlegt.

Überhaupt kann man von einer Verschiebung des politischen Einflusses von den bevölkerungsreichen Staaten (Ägypten, Syrien, Irak) hin zu den ölreichen Staaten der Golfregion sprechen, die 1973 den Ölpreis als Mittel der Politik entdeckten. Bassam Tibi hat dafür den Begriff „politischer Petrolismus“ geprägt.¹² Dazu kommt als externer Faktor des Niedergangs des Nationalismus und Aufstieges des Islamismus der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, was zu einer Diskreditierung der Sowjetunion, zu der die meisten nationalistischen Regime damals noch gute Beziehungen hatten, sowie zu einer Sammlung und Vernetzung arabischer Islamisten führte. So ist anzunehmen, daß aus der Bekanntschaft des Saudis Osama Bin Laden mit dem Mitglied der ägyptischen al-Djihad-Gruppe Ayman al-Zawahiri, dem die Verwicklung in das Attentat auf Sadat vorgeworfen wird, in Afghanistan das Terrornetzwerk al-Qaida (arab: die Basis) hervorging. Dagegen wird der Einfluß der Revolution im Iran 1979 auf den Aufstieg des Islamismus in der arabischen Welt oft überschätzt, wie Katajun Amirpur¹³ betont, die sowohl starke säkuläre Aspekte in der iranischen Revolution sieht als auch auf die Tatsache hinweist, daß während des Krieges mit dem Irak die Verbundenheit arabischen Islamisten mit ihren arabischen Brüdern im Irak immer noch höher war als mit ihren „Brüdern im Geiste“ im Iran.

¹¹ zur Delegitimierung des arabischen Nationalismus nach dem Sechs-Tage-Krieges und dem daraus folgenden Aufstieg des Islamismus vgl. Kepel, Gilles: *Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus*, München 2002, S.85ff.

¹² vgl. Tibi, Bassam: *Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen*, 2. Auflage, München 1991, S.103ff.

¹³ vgl. *Im Namen der Rose und des Koran gegen den Schah und seine Militärmaschine*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Weltreligion Islam*, Bonn 2002, S. 84-87

IV. Castristische und islamistische Guerrilla

1. soziale Komposition

Die Folge des Scheiterns des Nationalismus sowohl in Lateinamerika als auch in der arabischen Welt war die Radikalisierung der intellektuellen Jugend und der Aufstieg des Castrismus bzw. des Islamismus. Beides kann man als „Protestbewegung einer nach Orientierung, Sinn und Selbstachtung strebenden Jugend gegen soziale Ungerechtigkeit, kulturelle Entfremdung und kollektive Ohnmacht“¹⁴ sehen, die in letzter Konsequenz auf das Wirken der Hegemonialmächte zurückgeführt wird; in ihren Reihen finden sich oft an den führenden Stellen bürgerliche Intellektuelle (Studenten, Literaten, Akademiker), denen unter demokratischen Bedingungen sowohl die politischen als auch die geistige Laufbahn (als Wissenschaftler oder Literat) offenstünde, während die von den Hegemonialmächten gestützten autoritären Regime (Monarchien, Militärdiktaturen) ihre Entfaltung sowohl in der Politik (Diktaturen) als auch im Geistesleben (Zensur) beeinträchtigen.

Die wichtigsten Anliegen des Nationalismus werden auch vom Castrismus und Islamismus aufgenommen, jedoch kommt zusätzlich eine moralische, sozialrevolutionäre Komponente in Spiel, deren Anliegen die Überwindung der „Entfremdung“ ist, als deren Ursache die „Warenform des Kapitalismus“ bzw. allgemeiner die „Verwestlichung“ ausgemacht werden. In beiden Fällen wird die Entfremdung als Dekadenz wahrgenommen: der Castrismus sieht den Imperialismus der Hegemonialmächte als letztes Stadium des Kapitalismus an, der zum Untergang verdammt ist, der Islamismus wirft dem Westen moralischen Verfall und Gottlosigkeit vor. Zur Überwindung der Entfremdung wird in beiden Fällen eine integralistische Lösung geboten, im Castrismus die geschichtsphilosophisch begründete Einheit von Geschichte, Politik und Gesellschaft, im Islamismus die religiös begründete Einheit von Religion, Politik und Gesellschaft.

2. Ideologie

i. Castrismus

Für Lateinamerika bedeutete der Castrismus die Wiederbelebung des revolutionären Kommunismus auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus. Der Nationalismus wurde aus dieser Sicht als konterrevolutionär (im Falle der APRA) oder in Anlehnung an Marx' Analyse des „18. Brumaire des Luis Bonaparte“ als bonapartistisch (im Falle Peróns und Vargas') angesehen, da er vor der sozialen Revolution zurückgeschreckt war. Nach seinem Scheitern bliebe als Alternative zum herrschenden US-Imperialismus nur der Anschluß ans sozialistische Lager, das jedoch wegen seiner zu passiven Haltung (was auch den lateinamerikanischen KPs vorgeworfen wurde), z.B. in Vietnam, kritisiert wurde.¹⁵ Dennoch wurden die wichtigsten Anliegen des Nationalismus: Antiimperialismus, politische und wirtschaftliche Autarkie, lateinamerikanische Einheit wieder aufgenommen, weswegen es auch nicht verwunderlich ist, daß sich viele Guerrillas Lateinamerikas direkt auf nationalistische Führer vergangener Tage bezogen, wie Fidel Castros Guerrilla auf den Nationalisten José Martí oder die FSLN in Nicaragua auf Augusto César Sandino. Der castristisch orientierte Movimiento de la Iz-

¹⁴ Krämer, Gudrun: *Islam und Islamismus*, in: Bundeszentrale für politische Bildung, *Weltreligion Islam*, S.12-15, S.14

¹⁵ vgl. Guevara, Ernesto: *Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams...*, in: Feltrinelli, Giangiacomo (Hrsg.): *Lateinamerika. Ein zweites Vietnam?*, Hamburg 1968, S.99-110, S.101

quierda Revolucionaria (MIR) in Venezuela ging direkt aus der Parteilugend der AD hervor, die argentinische Stadtguerrilla Montoneros aus dem Peronismus.

Der Antiimperialismus kehrte in der Ideologie des Castrismus, als dessen Chefideologen man Ernesto Guevara bezeichnen darf, wieder als schrittweise Befreiung der Völker vom Imperialismus, als dessen Haupt die USA gesehen wurden, die mit Hilfe ihrer Satrapen ihre Hegemonie in der südlichen Hemisphäre aufrechterhalten.¹⁶ Die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch Eroberung der politischen Macht und den Aufbau des Sozialismus, d.h. durch Erziehung zum neuen Menschen und Entwicklung der Technik erreicht werden.¹⁷ Die Idee der lateinamerikanischen Einheit fand sich wieder im proletarischen Internationalismus, als Solidarität mit den unterdrückten Völkern Asiens, Afrikas und Amerikas. Angestrebt wurde zumindest ein kontinentales Ausmaß des Befreiungskampfes,¹⁸ wobei Cuba als Avantgarde-Nation Lateinamerikas dienen sollte.¹⁹ Die Partei sollte dabei als Avantgarde-Organisation der zu errichtenden neuen Gesellschaft aus den Partisanen-Kadern hervorgehen, in denen sich bereits der künftige Staatsapparat herausbilde.²⁰ Guevara griff aber nicht nur auf den Mythos der hispanoamerikanischen Befreiungskriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurück, sondern auch auf die charismatische Herrschaftsform des Caudillismo: „Fidel teilte der Revolution während der ersten Jahre seinen Elan mit; und er hat sie immer geleitet, er hat ihr das Gesicht gegeben. Aber es gibt auch eine Gruppe von Revolutionären, die sich in derselben Richtung wie der vorderste Anführer weiterentwickelt, und eine große Masse, die den führenden Männern folgt, weil sie Vertrauen zu ihnen hat; und sie hat Vertrauen zu ihnen, weil sie es verstanden haben, ihre Wünsche zu artikulieren ... An der Spitze der riesigen Kolonne marschiert ... Fidel, hinter ihm schreiten die besten Kader der Partei, und unmittelbar danach, so nahe, daß man seine enorme Kraft spürt, kommt das Volk als Gesamtheit, das fest auf das gemeinsame Ziel zumarschiert. Es setzt sich aus Individuen zusammen, die kämpfen, um aus dem Reich der Notwendigkeit herauszukommen und in das der Freiheit einzutreten“²¹.

ii. Islamismus

Die Schlagwörter des arabischen Nationalismus: Einheit, Freiheit als wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit und Ishtirakiyya, werden auch von den islamistischen Interpreten aufgegriffen, kritisiert wird jedoch der Laizismus der nationalistischen Regime, der als „Verwestlichung“ angesehen und daher abgelehnt wird.²² Der Islamismus setzt dem Laizismus die Rückbesinnung auf den alten Islam der Zeit Muhammads und der arabischen Expansion entgegen, für deren Erfolg die Einheit von Religion, Politik und Gesellschaft verantwortlich gemacht wird, verwirklicht im „islamischen Staat“, charakterisiert durch die Anwendung der Sharia und die Herrschaft der Religions- und Rechtsgelehrten (Ulema).

¹⁶ vgl. ebd.

¹⁷ vgl. Guevara, Ernesto: *Mensch und Sozialismus auf Kuba*, in: Feltrinelli, Giangiacomo (Hrsg.): *Lateinamerika*, S.84-98

¹⁸ vgl. Guevara, Ernesto: *Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams...*, S.105 bzw. *Partisanenkrieg – eine Methode*, S.128, beides in: Feltrinelli, Giangiacomo (Hrsg.): *Lateinamerika*, S.99-110 bzw. S.119-132

¹⁹ vgl. Guevara, *Mensch und Sozialismus auf Kuba*, S. 96

²⁰ vgl. Guevara, *Partisanenkrieg*, S.127

²¹ *Mensch und Sozialismus auf Kuba*, S.96f.

²² die Kontinuität von Nationalismus und Islamismus betont auch François Burgat, der die Auffassung vertritt, „daß die Wiege des Islamismus weit weniger ein fragwürdiges ‚Wiederaufleben des Religiösen‘, sondern lediglich die Neuformulierung der alten arabischen nationalistischen und antiimperialistischen Dynamik mittels eines endogenen Wortschatzes ist“, *Ein anderer Blick auf den Islamismus. Eine Polemik*, in: Inamo Nr.31 (2002)

Die Sharia hat heute in der westlichen Welt eine stark negative Konnotation, sie wird gerne gleichgesetzt mit der Rückkehr ins Mittelalter (das in der arabischen Welt im Übrigen lange nicht so „dunkel“ war wie in Europa), mit drakonischen Strafen und staatlicher Willkür. Dennoch sollte man nicht vergessen, daß die Konzeption des „islamischen Staates“ auch einen stark rechtsstaatlichen Gedanken enthält. Denn er bedeutet die strikte Einhaltung des von Gott gegebenen Gesetzes (Sharia) im Gegensatz zur Willkür weltlicher Macht und die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die von islamistischen Theoretikern gerne als Gegensatz zu den juristischen Kniffen und raffinierten Prozeßpraktiken „westlicher“ Rechtssprechung gesehen wird.²³ Zudem ist die Sharia kein fester Gesetzeskatalog, sondern auch im Islam gibt es verschiedene Rechtsschulen (Madhhab), die unterschiedliche Rechtsquellen anerkennen: neben dem Quran (von Gott offenbart) die Sunna (Verhalten des Propheten) und die Hadith (Aussprüche Muhammads), außerdem wird von den meisten Rechtsschulen (nicht jedoch von den Wahhabiten in Saudi-Arabien!) der Konsens der Gemeinde (Idjma) sowie der Analogieschluß (Kiyas) anerkannt.²⁴

Die Idee der politischen Einheit der Umma (islamische Gemeinde) tritt im Islamismus an die Stelle der Einheit der Araber im Nationalismus. Politisches und religiöses Oberhaupt der Umma ist der Khalif, der jedoch selbst dem Gesetz des Quran untersteht, das gegebenenfalls durch Theologen = Rechtsgelehrten interpretiert werden muß. Das Khalifat wurde erst 1924 durch Atatürk abgeschafft. Über die Frage der Wiedererrichtung gibt es unter den sunnitischen Islamisten²⁵ durchaus unterschiedliche Meinungen.

Von den fünf Säulen des Islam, der Shahada (Glaubensbekenntnis), dem Salat (fünfmaliges tägliches Gebet), dem Zakat (Almosensteuer), dem Ssaum (Fasten im Ramadan) und der Hadjdj (Wallfahrt nach Mekka) wird vor allem der Zakat, zu einem gewissen Teil aber auch der Ssaum, im Sinne der „Ishtirakiyya“ (Teilhabe am Reichtum) interpretiert, die dem als Egoismus wahrgenommenen okzidentalen Individualismus entgegengestellt wird.²⁶ Der Islam stellt sich dann dar als Dritter Weg, als Synthese von Kapitalismus und Sozialismus; mit dem Kapitalismus vertreten islamistische Denker die Freiheit und Eigeninitiative des Einzelnen, mit dem Sozialismus die Anliegen der Gemeinschaft. Ihre Argumentationen ähneln dabei durchaus denen der deutschen Kulturkritik der Weimarer Zeit mit ihrem Gegensatz von Gemeinschaft und Gesellschaft. Der autarkistische Gedanke der „Ishtirakiyya“ wird vor allem im Freiheitsbegriff deutlich: denn im Gegensatz zur okzidentalen Freiheit, die in den Augen der Islamisten darin bestehe, immer mehr Bedürfnisse zu schaffen und zu befriedigen, beruhe die von der traditionellen Geistigkeit des Orients vertretene Freiheit auf der Ansicht, der Mensch müsse immer mehr Bedürfnisse abbauen, um äußerlich und innerlich unabhängig zu werden.²⁷ Auch hier trifft sich das islamistische Denken wieder mit dem deutschen, man vergleiche nur Schopenhauers Begriff der Ethik.

Auch das antiimperialistische Element fehlt im Islamismus natürlich nicht, hierfür steht der Begriff des Djihad: er bedeutet eine „Anstrengung“ zur Verteidigung des „Haus des Islam“ (Dar al-Islam) gegen das „Haus des Krieges“ (Dar al-Harb). Das Dar al-Islam bezeichnet im Gegensatz zur Umma die Gebiets Herrschaft, in der auch andere Gemeinden, nämlich die der „Schriftbesitzer“ (Juden, Christen, Zoroastrier, Manichäer) ein „Gastrecht“ (Dhimma) genießen. Djihad bedeutet also keineswegs eine gewaltsame Be-

²³ vgl. Antes, *Islam*, S.33

²⁴ vgl. ebd., S.58ff.

²⁵ von den Shiiten wird das Khalifat ohnehin als illegitim abgelehnt, vgl. Amirpur, *Im Namen der Rose*

²⁶ vgl. Antes, *Islam*, S.15ff.

²⁷ vgl. ebd., S.9

kehrung, die im Islam im Gegensatz zum Christentum sogar verboten ist, weswegen der Dihad im eigentlichen Sinne auch kein Glaubenskrieg ist, sondern früher die Expansion und heute die Verteidigung des islamischen Herrschaftsgebietes bezeichnet, die von den Islamisten jedoch als Pflicht jedes gläubigen Muslims angesehen wird. Der Kämpfer des Dihad ist der Mudjahiddin.²⁸

3. Feindbild und Kampfformen

i. Castristische Guerrilla: Partisanenkrieg

Die Ideologie des Castrismus politisiert, wie wir gesehen haben, in erster Linie den politischen und wirtschaftlichen Gegensatz von Nord- und Südamerika. Als Repräsentanten des Nordens und damit als Feind werden dabei die politischen und wirtschaftliche Eliten im eigenen Land ausgemacht. Der Sturz dieser Eliten, die Eroberung der politischen Macht mit Hilfe des Partisanenkrieges bedeutet zugleich die Befreiung des Landes vom US-Imperialismus. Der Castrismus beruft sich dabei zugleich auf die Widerstandstradition des Subkontinents, auf den Caudillismo der Befreiungskriege (Bolívar, San Martín) sowie auf regionale Befreiungskämpfer wie José Martí, Emiliano Zapata oder César Augusto Sandino.

Ernesto Guevara hat mit der Fokustheorie und der Theorie der vielen Vietnams²⁹ eine Art Theorie des Partisanenkrieges entworfen. Erstere sieht die Bildung von Widerstandszellen unter einem zentralen Oberkommando vor, die sich in einer Region festsetzen und langsam von der Verteidigung zum Angriff auf lokale Militäreinrichtungen übergehen; notwendig für den Erfolg des Partisanenkrieges bleibt aber die Unterstützung durch die (Bauern- und Arbeiter-)Massen, da der Partisanenkrieg zwar den Gegner demoralisieren kann, die Eroberung und Verteidigung der politischen Macht (und derer Legitimität) jedoch erst durch die Massenbewegung entschieden wird. Letztere plädiert für die Schaffung möglichst vieler Aufstandsherde in verschiedenen Ländern, die die Intervention von US-Truppen nötig machen, die durch den Kampf auf einem fremden Territorium mit einer ihnen feindseligen Bevölkerung aufgerieben und demoralisiert werden sollen, um so die Kräfte der Hegemonialmacht zu schwächen: „die Vereinigung der Repressionskräfte muß mit der Vereinigung der Volkskräfte beantwortet werden“³⁰. Der Partisanenkampf als die probate Taktik der castristischen Guerrillas läßt sich also dadurch charakterisieren, daß er die militärische Auseinandersetzung mit der Hegemonialmacht und ihren Statthaltern sucht, wobei der Kampf auf dem Territorium des zu befreienden Landes geführt wird und das Ziel die Eroberung der politischen Macht ist.

ii. Islamistische Guerrilla: Terrorismus

Über die Taktik der islamistischen Guerrilla haben wir keine so detaillierten Ausführungen wie die Guevaras für den Guerrillakampf in Lateinamerika. Dennoch lassen sich wohl einige Schlüsse ziehen, wenn man erwägt, wer aus Sicht des Islamismus der politische Feind ist und wie die islamistischen Guerrillas bisher operiert haben.

Die islamistische Ideologie politisiert den kulturellen Gegensatz zwischen Orient und Okzident, Repräsentanten des politischen Gegners sind dann aber nicht nur seine politischen Führer und deren Satrapen und militärische Präsenz in der Region, sondern alle Vertreten der anderen Kultur. So sehen die Islamisten das Dar al-Islam nicht nur durch

²⁸ vgl. ebd., S.44f.

²⁹ vgl. Guevara, *Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams...* sowie seine Ausführungen in *Partisanenkrieg*

³⁰ *Partisanenkrieg*, S.128

fremde Streitkräfte bedroht, sondern auch durch den Massentourismus, der westliche Dekadenz und Sittenverfall ins Land bringt. Die Ziele der Anschläge sind dementsprechend vielfältig. Trotzdem läßt sich eine Strategie erkennen, deren Idee ähnlich wie im Castrismus die Demoralisierung des Hegemons ist, jedoch weniger auf seine kämpfenden Einheiten zielt, als vielmehr auf die Öffentlichkeit im Land des Hegemons. Die öffentliche Meinung soll den Hegemon letztlich zum Rückzug bewegen.

Die Taktik der islamistischen Guerrillas ist daher nicht der Partisanenkrieg, sondern der Terrorismus.³¹ Der Marxismus hat dem Anarchismus, dessen Taktik ebenfalls der Terrorismus war, stets vorgeworfen, er sei konterrevolutionär, da er nur die Repression verstärke, anstatt der Befreiung durch die Eroberung der politischen Macht zu dienen. Dagegen haben die Anarchisten argumentiert, daß die Befreiung des Individuums schon im Akt der revolutionären Tat läge. Der Islamismus scheint ein ähnliches Motiv zu kennen, die Erlösung des Individuums durch den Märtyrertod. Damit knüpft er an eine autochthone Widerstandstradition an: den Nizariten-Orden, in Europa allgemein als Assassinen bekannt, der Ende des 11. Jahrhundert zur Abwehr der Kreuzritter von Rashid as-Din Sinan, dem „Alten vom Berg“ gegründet und erst im 13. Jahrhundert von den Mongolen besiegt wurde.

Es sieht auch wirklich so aus, als ginge es der islamistischen Guerrilla nicht eigentlich um die Eroberung politischer Macht. Die ersten Aktionen Ende der 70er und in den 80er Jahren waren zwar Anschläge auf regionale Eliten wie das Attentat auf Sadat 1981 durch die ägyptische Gruppe al-Djihad; doch war die Folge davon wirklich nur die Verstärkung der Repression, ohne daß die Guerrilla ihren politischen Zielen damit in irgend einer Weise näher gekommen wäre. Zwar gibt es bis heute nach wie vor Attentate auf lokale Machthaber wie 1995 das Attentat auf Hosni Mubarak. Doch verlegte man sich bald stärker auf die direkte Bekämpfung des äußeren Feindes: einerseits wird Afghanistan nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen zum Sammelbecken arabischer Terroristen, andererseits bilden sich in den 80er Jahren zum Kampf gegen den alten Feind Israel die islamistischen Terror-Gruppen Hamas und al-Djihad al-Islamiya. Im Kampf gegen Israel entsteht nun auch das Kampfmittel, das heute allgemein als typisch für die islamistischen Guerrilla angesehen wird: das Selbstmordattentat, zunächst gegen militärische Einrichtungen, dann aber in immer stärkerem Maße auch gegen Zivilisten.

Seit dem Golfkrieg 1991, der zu einer massiven Stationierung vor allem US-amerikanischer Truppen in der Golfregion führte, von denen die meisten bis heute nicht wieder abgezogen wurden, wird der „Westen“, vor allem die USA, zum Hauptfeind der islamistischen Guerrillas.³² Dabei lassen sich drei Arten von Zielen der Terroranschläge unterscheiden. Anschläge auf strategische Ziele wie die Anschläge auf militärische Einrichtungen der US-Streitkräfte in Saudi-Arabien 1995 und 1996, den US-Zerstörer „Cole“ im Oktober 2000 in Aden und zuletzt auf einen französischen Tanker vor der jemenitischen Küste; Anschläge auf sowohl staatliche als auch zivile Einrichtungen von hoher symbolischer Bedeutung wie die Anschläge auf das World Trade Center 1993, die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 und die Anschläge vom 11. September 2001; Anschläge auf Touristen wie die wiederholten Anschläge in Ägypten.

³¹ zur Unterscheidung von Partisanenkrieg und Terrorismus siehe neuerdings Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg 2002, S.175ff.; Münkler bezeichnet den Terrorismus hier als eine „Kommunikationsstrategie“

³² Gilles Kepel macht darauf aufmerksam, daß die Stationierung US-amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien zu einer Spaltung der islamistischen Bewegung in einen pro- und einen anti-saudischen Flügel geführt hat, so daß sich von da an der radikalere Teil der Islamisten nun selbst gegen das Land gewendet hat, das die Bewegung jahrelang alimentiert hat, vgl. Schwarzbuch des Dschihad, S.257ff.

ten in den 90er Jahren, die den Gruppen al-Djihad und al-Jama'a al-Islamiya zugeschrieben werden, in Tunesien im Frühjahr 2002 durch al-Qaida und zuletzt das Attentat auf Bali. Es ist klar, daß diese Attentate nicht zur Eroberung politischer Macht taugen; zur Demoralisierung des Gegners, der ständig mit der Angst Leben muß, von einer Bombe zerfetzt zu werden, taugen sie jedoch sehr wohl. Vielleicht war die Idee der Attentate des 11. September sogar inspiriert von der Theorie Guevaras, nämlich eine Intervention der Hegemonialmächte, in diesem Fall in Afghanistan, zu provozieren, um den Gegner auf ein ihm fremdes Territorium mit einer ihm feindlichen Bevölkerung zu locken, wo man ihn dann, wie vorher die Rote Armee, in einem Kleinkrieg aufreiben wollte. In jedem Fall ist der Guerrilla-Kampf heute vor allem ein medialer Kampf: nicht der militärische Sinn der Attentate steht im Vordergrund, sondern ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, sowohl in der Region als auch in den Hegemonialstaaten. Sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu sichern, dieses Ziel haben die islamistischen Guerrillas zweifellos erreicht.

V. Fazit: Gemeinsamkeiten & Unterschiede

In beiden Regionen läßt sich die Entstehung der Guerrilla auf das Scheitern des Nationalismus zurückführen, dessen offene Versprechen von radikaleren Ideologien aufgenommen wurden, die jedoch in Begriffen formuliert sind, die auf regionale kulturelle Traditionen zurückgreifen (Marxismus-Leninismus + lateinamerikanische Widerstandstradition hier, Islam + arabische Widerstandstradition dort). Daraus folgen unterschiedliche Kampfformen, aber auch ein breiteres Feindbild des Islamismus im Gegensatz zur castristischen Guerrilla. Trotzdem sind beide Guerrillas durchaus vergleichbar. Man darf also die Frage stellen, ob der „Westen“, allen voran die USA, in seinem Umgang mit der heutigen islamistischen „Bedrohung“ nicht aus seiner Erfahrung mit Lateinamerika lernen könnte.

In den 60er und 70er Jahren haben die USA durch ihre Lateinamerika-Politik die Radikalisierung der Jugend dadurch verstärkt, daß sie auch die gemäßigte Linke in die Nähe des Kommunismus gerückt und Militärputsche gegen demokratische Regierungen zum Teil offen unterstützt haben. Genausowenig unterscheiden sie heute zwischen gemäßigten und radikalen Islamisten. Die Anulierung des Wahlsieges des FIS in Algerien 1989 und die folgende Militärdiktatur wurde vom „Westen“ durchaus mit Wohlwollen betrachtet. Fehlende Demokratie wird lediglich beim politischen Gegner Irak (wie in Lateinamerika im Falle Kubas) beanstandet, in anderen Ländern, vor allem den weitgehend absolutistisch regierten Golfstaaten, bietet sie dagegen die Gewähr für eine prowestliche Politik. Anstatt durch die Unterstützung von autoritären Regimen immer mehr auch gemäßigte Islamisten in die Arme der Radikalen zu treiben und damit die Region zu destabilisieren, sollten sich die USA und ihre europäischen Verbündeten überlegen, ob es nicht langfristig eher in ihrem Interesse sein müßte, die Demokratie zu fördern und sich mit den gemäßigten islamistischen Kräften zu verbünden, um so den Radikalen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Vielleicht würde sich dabei auch zeigen, daß die Vorstellungen christlicher und islamischer Konservativer gar nicht so weit auseinander liegen.

Bibliographie:

- Amipur, Katajun: Im Namen der Rose und des Koran gegen den Schah und seine Militärmaschine, in: Bundeszentrale für politische Bildung 2002, S. 84-87
- Antes, Peter: Der Islam als politischer Faktor, Bonn 1991
- Beyhaut, Gustavo: Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart, Fischer Weltgeschichte Band 23, Frankfurt a.M. 1965
- Bollinger, Armin: Spielball der Mächtigen. Geschichte Lateinamerikas, Stuttgart Berlin Köln Mainz 1972
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Weltreligion Islam, Bonn 2002
- Burgat, François: Ein anderer Blick auf den Islamismus. Eine Polemik, in: Inamo Nr.31 (2002)
- Dessau, Albert u.a.: Politisch-ideologische Strömungen in Lateinamerika. Historische Traditionen und aktuelle Bedeutungen, Berlin (Ost) 1987
- Feltrinelli, Giangiacomo (Hrsg.): Lateinamerika. Ein zweites Vietnam?, Hamburg 1968
- Grunebaum, Gustave Edmund von (Hrsg.): Der Islam II. Die islamischen Reiche nach dem Fall von Konstantinopel, Fischer Weltgeschichte Bd. 15, Frankfurt a.M. 1971
- Guevara, Ernesto: Mensch und Sozialismus auf Kuba, in: Feltrinelli 1968, S.84-98
- Guevara, Ernesto: Partisanenkrieg – eine Methode, in: Feltrinelli 1968, S.119-132
- Guevara, Ernesto: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnams..., in: Feltrinelli 1968, S.99-110
- Hourani, Albert Habib: Die Geschichte der arabischen Völker, 2. Auflage, Frankfurt a.M. 1992
- Kahle, Günter: Diktatur und Militärrherrschaft in Lateinamerika, in: Zeitschrift für Lateinamerika Wien, Bd. 19 (1981)
- Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad. Aufstieg und Niedergang des Islamismus, München 2002
- Krämer, Gudrun: Islam und Islamismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung 2002, S. 12-15
- Tibi, Bassam: Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen, 2.Auflage, München 1991
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Auflage, Tübingen 1972
- Werz, Nikolaus: Das neuere politische und sozialwissenschaftliche Denken in Lateinamerika, Freiburg 1991